Planfeststellungsverfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz für den Aus- und Neubau des Rheinhauptdeiches in Otterstadt, Deichabteilung III, Deich-km 5+245 bis 7+090

Bekanntmachung

Mit Schreiben vom 31.01.2014 (Az.: 34/NBG 07.01.54) beantragte das Land Rheinland-Pfalz, den Plan für den Aus- und Neubau des Rheinhauptdeiches in Otterstadt, Deichabteilung III, Deich-km 5+245 bis 7+090 festzustellen. Den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd am 06.11.2017 (Az.: 312-211 – Ot 1/14) erlassen.

Im Zuge der Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes des Landes Rheinland-Pfalz für den Rhein soll der rd. 1,85 km lange Abschnitt des Rheinhauptdeiches zwischen dem Kreuzungsbereich der beiden Kreisstraßen K31 und K23 im Süden und der Ortslage Otterstadt im Norden (Deich-km 5+245 bis 7+090) ausgebaut und erhöht werden, so dass ein gleichwertiger Schutz des Hinterlandes bis zur zwischen den Rheinanliegern vereinbarten Deichhöhe (entsprechend einem 200jährigen Hochwasserereignis zuzüglich Freibord) gewährleistet ist.

Im Wesentlichen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Landseitiger Ausbau des bestehenden Rheinhauptdeiches zwischen Deich-km 5+245 bis 5+600 (355 m).
Die erforderliche Erhöhung des Deiches erfolgt in Verlängerung der wasserseitigen Böschung i.d.R. mit bindigem Material, welches bis auf ein Niveau von 0,5 m unterhalb der bestehenden Deichkrone eingebaut wird. Darüber hinaus bleibt die wasserseitige Böschung vom Deichausbau unberührt. Die Kronenerhöhung erfolgt, bedingt durch den Verlauf der K31 auf der Deichkrone und des anteilig nur um wenige Dezimeter zu erhöhenden Niveaus, größtenteils über die Maßnahmen des Straßenbaus.
- Deichneubau (Kurzschluss) zwischen Deich-km 5+600 und 6+894 (655 m).
Die örtliche Lage des Deichneubauprofils orientiert sich an der vorhandenen westlichen Parzellengrenze des Wirtschaftsweges.
- Wasserseitiger Ausbau des bestehenden Rheinhauptdeiches zwischen Deich-km 6+894 und 7+090 (196 m).
Der wasserseitige Ausbau beinhaltet das Aufbringen einer mit dem bestehenden Deichkörper zu verzahnenden Dichtungsschicht bis zur Oberkante der Deichkrone (Ausbauhöhe). Es wird derzeit davon ausgegangen, dass der wasserseitige Ausbau unter Beibehaltung des bestehenden Deichkörpers erfolgt.

Gegen diesen wurde seitens der Ortsgemeinde Otterstadt (bzw. Verbandsgemeinde Rhein-auen) mit Datum vom 08.12.2017 Klage mit der Forderung auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses erhoben.

Zwischenzeitlich wurde mit Datum vom 04.06.2019 seitens des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz ein sogenannter „Hinweisbeschluss“ erlassen. Um die in diesem Beschluss aufgezeigten Bedenken auszuräumen wurden durch das Land Rheinland-Pfalz ergänzende Unterlagen erstellt.

Mit Schreiben vom 08.05.2020 hat das Land Rheinland-Pfalz, Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein, beantragt, auf Basis der eingereichten Unterlagen, ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren nach § 68 WHG i.V.m. § 76 VwVfG durchzuführen.

Die insgesamt als Anlage 5 bezeichneten Antragsunterlagen enthalten:

- Kurzzusammenfassung der wesentlichen erarbeiteten Ergebnisse [Anlage 5.1]
- Objektplanung (Wasserbau) [Anlage 5.2]
 - Ausarbeitung, Beschreibung und Plandarstellung einer zusätzlichen im Rahmen des Variantenvergleichs zu betrachtenden Variante mit parallel zum Bestandsdeich auf der Binnenseite verlaufenden Deichlinie (sogenannte „Parallelvariante“)
 - Für die genehmigte Variante 1 die schriftliche und planerische Darlegung der vorgesehenen Entleerung der „zwischen den Deichen“ liegenden Flächen für den Fall (Szenario), wenn diese bei einem ablaufenden Hochwasser nach Überschreiten des Bemessungswasserstandes – oder auch nach Deichversagen – geflutet worden sind
- Naturschutzfachliche Stellungnahme zur Sodenverpflanzung [Anlage 5.3]
- Hydrogeologisches Gutachten [Anlage 5.4]

Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Die maßgebenden Planunterlagen für das ergänzende Planfeststellungsverfahren können nach § 1 Nr. 11 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherungsgesetz – PlanSiG) auf der

**Homepage der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
(www.sgdsued.rlp.de)**

unter der Rubrik „Service - Öffentlichkeitsbeteiligung/Bekanntmachungen“

in der Zeit vom **17.05.2021 bis 16.06.2021** eingesehen werden.

Als **zusätzliches Informationsangebot** nach § 3 Abs. 2 PlanSiG erfolgt die Auslegung der Unterlagen in dem gleichen Zeitraum bei der

Verbandsgemeindeverwaltung Rheinauen
Ludwigstraße 99, Ratssaal
67165 Waldsee

sowie der

Stadtverwaltung Speyer
Maximilianstraße 100, 3. OG, Zimmer Nr. 320
67346 Speyer

während der allgemeinen Dienststunden zur öffentlichen Einsicht. Bitte beachten Sie, dass aufgrund der aktuellen Lage bei beiden Auslegungsstellen eine vorherige Terminabsprache erforderlich ist. Die Terminabsprachen können erfolgen, bei der

- Verbandsgemeindeverwaltung Rheinauen unter der Telefonnummer 06236 4182-100 oder 06236 4182-110,
- Stadtverwaltung Speyer unter der Telefonnummer 06232 14-0.

2. Einwendungen gegen die ergänzenden Unterlagen, welche das v. g. Vorhaben betreffen können bei der
 - Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt an der Weinstraße
 - Verbandsgemeinde Rheinauen, Ludwigstraße 99, 67165 Waldsee und der
 - Stadtverwaltung Speyer, Maximilianstraße 100, 67346 Speyer(unter Angabe des Aktenzeichens 312-211 – Ot 1/14) bis spätestens

16.07.2021

schriftlich oder durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur an poststelle.sgdsued@poststelle.rlp.de (SGD Süd) erhoben werden. Die Erhebung von Einwendungen zur Niederschrift bei den jeweiligen Behörden wird nach § 4 Abs. 1 PlanSiG ausgeschlossen.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Süd unter <https://sgdsued.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.

3. Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das ergänzende Planfeststellungsverfahren nach § 68 WHG i.V.m. § 76 VwVfG alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen.
4. Findet ein weiterer Erörterungstermin oder stattdessen eine Online-Konsultation (§ 5 Abs. 2 und 4 PlanSiG) statt, wird dieses ortsüblich bekannt gemacht werden. Diejenigen, die sich geäußert haben, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in einem möglichen Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.
5. Die Zustellung der Entscheidung über die Äußerungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.
6. Die für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit der Planänderung einschließlich des Verfahrens zur Prüfung der Umweltverträglichkeit zuständige Behörde ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt an der Weinstraße. Bei dieser sind weitere relevante Informationen erhältlich. Fragen oder Äußerungen können in der o.g. Frist bei der SGD Süd eingereicht werden.
7. Über die Zulässigkeit der Planänderung wird mittels Planfeststellungsbeschluss entschieden.
8. Die vorgebrachten Bedenken und Anregungen gegen die ergänzenden Unterlagen sind stets zu begründen und die Einwendungsfrist wird nur durch die Erhebung von begründeten Einwendungen gewahrt. Bedenken und Anregungen, die sich auf Grundstücke beziehen, sollen Gemarkung und Flurstück der betroffenen Fläche enthalten.